



ANTWORTEN
von
Jörg Rupp
(WK Karlsruhe-Land)

Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. Ich bin froh, dass es die grüne Jugend gibt, die doch immer Dinge formuliert, an die sich "wir Alten" dann in der Mehrheit nicht mehr so trauen. Ich möchte zwei Dinge herausgreifen: das ist einmal die Bewertung des Friedenskongresses auf Bundesebene und die Herausgabe der friedenspolitischen Schrift, die sehr hohes Ansehen genießt. Und in Baden-Württemberg die erfolgreiche Verhinderung der Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat. Durch das sehr engagierte Auftreten der GJ auf der damaligen LDK wurde der verhängnisvolle Schritt verhindert. Zu den Mitgliedern der GJ, die ich kenne, habe ich ein, wie ich glaube, gutes Verhältnis.
2. Naja, ich bin ja grade erst 42 – aber dennoch, das ist schwer, mich da als Vertretung zu sehen. Viele GJ-Mitglieder sind jünger als meine ältesten Kinder. Sagen wir es so: ich bin nicht beratungsresistent und würde mir immer anhören wollen, was die GJ zu sagen hat. Denn Erfahrung schützt vor Fehlern nicht. Und gute Ideen haben auch andere. ☺
3. Glaubwürdigkeit, Wahrheit, Abwesenheit von Phrasendrescherei – die Dinge beim Namen nennen, Wirkliches Interesse für die Belange von Jugendlichen, Senkung des Wahlalters, Einflussmöglichkeiten innerhalb politischer Systeme müssen geschaffen werden (so haben viele Jugendgemeinderäte nur bedingt Mitspracherecht, viel zu oft nur beratende Rechte. Das ist viel zu wenig.)
4. Atomausstieg, Exitstrategie bzw. Paradigmenwechsel in Afghanistan, Gender Mainstreaming, Datenschutz, Tempolimit
5. Die unbedingte Förderung des Individuums bei gleichzeitiger Anerkennung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern und die Einsicht in die Notwendigkeit, dass unterschiedliche Probleme differenzierte Lösungen benötigen.
6. Adoptionsrecht angleichen (und insgesamt erleichtern, auch für Heterobeziehungen)

Sorgerechtslösungen, Versorgungslösungen, ...

Ich würde gleichgeschlechtliche Ehen zu 100% klassischen Ehen gleichstellen.

7. Eine Bürgerversicherung für Gesundheit und Rente sowie ein bedingungsloses Grundeinkommen entsprechend dem Beschluss der LDK Baden-Württemberg.
8. Wenn wir sehen, mit welcher Leichtigkeit momentan Milliardenbeträge für die Absicherung von Krediten locker gemacht werden, so denke ich, dass es mit einer ebensolchen Leichtigkeit möglich sein sollte, den Ausbau erneuerbarer Energien stärker zu fördern, bspw. durch zinslose Darlehen. Gleiches gilt für Wärmedämmung. Gemeinden benötigen ein Vorkaufsrecht für ihr eigenes Stromnetz und sollen dies auch zu einem angemessenen Preis gegen den Widersand der Konzerne kaufen können. Weitere Dezentralisierung der Energieversorgung.
9. Die „Rettet-die-Welt“-Frage... Vorrangig benötigen wir eine massive Vorbildfunktion durch Handeln der öffentlichen Hand. In allen Bereichen. Dazu muss diese aber erst den Mut finden, praktizierte Ungerechtigkeiten zu definieren oder überhaupt erst einmal zu benennen oder dies zu untersuchen. Ich glaube, dass wir eine Reihe von Kontrollinstanzen benötigen, die unabhängig sind, sich zu gleichen Teilen aus Interessenvertretern verschiedener Couleur zusammensetzen, ähnlich wie der Rechnungshof, nur mit mehr Kompetenzen ausgestattet, um Gerechtigkeit weitgehend durchzusetzen. Die Umsetzung der Verfassung darf das alleinige Maß sein. Gesellschaftliche Gerechtigkeit ist aber gleichzeitig ein Prozess, den die Bürger mittragen müssen. Dazu bedarf es der Vorbildfunktion, Gesetze wie Quoten, die auch für private Institutionen gelten und eine Gerichtsbarkeit, die unabhängig von Parteibüchern ist, verbunden mit einer starken Aufwertung plebiszitärer Elemente.
10. Im Idealfall: stellt Euch einen großen Kasernenhof vor. In der Ecke steht die Blasmusikkapelle. Das wars. Geht aber wohl nicht.
Eine grüne Armee kann nur eine Armee sein, die sich, eingebunden in die UN, weltweit für friedenssichernde Einsätze zur Verfügung steht. Das muss leider auch sogenannte robuste Mandate mit möglich machen. Die Nationalstaatsarmee ist aufzulösen, ebenso wie die Zwangsdienste. Dazu muss aber auch auf UN-Ebene die Veto-Frage neu gelöst werden, damit einzelne Staaten nicht aufgrund eigener Interessen solche Einsätze verhindern können.